

ZUR ROLLE DES FREIWILLIGEN ENGAGEMENTS IN DER KRISE DES SOZIALSTAATS

Heiner Keupp

Vortrag beim „Forum Ehrenamt – mit Traditionen und Visionen in Bewegung“ des Caritasverbandes
Münster am 7. September 2005

Der sozialpolitische Diskurs in der Bundesrepublik Deutschland zeichnet sich gegenwärtig durch eine Verlustrhetorik aus. Einem Land, das sich nach dramatischen Zerstörungserfahrungen ein Netz sozialer Sicherheiten schuf und sich über seine wiedergewonnene Wirtschaftskraft definiert hatte, gehen als sicher geglaubte soziale Besitzstände verloren. Das Stichwort „Reform“ erhält eine neue Semantik: Es geht immer weniger und das meiste können wir uns nicht mehr leisten. Unter solchen Vorzeichen droht Sozialpolitik zu einer permanenten „Trauerarbeit“ zu verkommen. Ich komme nicht als Prediger, der ein gelobtes Land versprechen kann, aber ich sehe in einer zivilgesellschaftlichen Perspektive durchaus Ansatzpunkte für Impulse, die aus der Stagnation herausführen könnten. Allerdings müssen wir uns einem Lernprozess aussetzen, der – so hat es ein hochrangiger Caritasvertreter bei einer Diskussion zum bürgerschaftlichen Engagement ausgedrückt, der ‚ans Eingemachte‘ geht. Speziell auch für uns Professionelle, die sich in den letzten 50 Jahren ihre stolzen Qualitätstürme gebaut haben.

Ich will mit einem eigenen Lernschritt beginnen. Kürzlich habe ich beim 80-jährigen Jubiläum eines Wohlfahrtsverbandes zu unserem Thema referiert und dabei einen weniger seriösen Titel gewählt als heute. Er lautete: „Bürger Lasst das Glotzen sein, kommt herunter reißt Euch Ein!“ Sie können mich über einen solchen Titel ganz gut generationsmäßig einsortieren! Es ist einer aus den 68er Zeiten, in denen wir unsere ganz speziellen „Kinderreime“ hatten (z.B. noch „Bürger runter vom Balkon, unterstützt den Vietcong“). Es lag uns an einer großen Distanz zu allem, was wir als „bürgerlich“ eingeschätzt hatten: Die „bürgerliche Wissenschaft“, die „bürgerliche Sexualmoral“ und alles, was uns an unsere überwiegend „bildungsbürgerliche Herkunft“ erinnerte oder was sich in der Bundesrepublik im neuen Konsumreich als prestigeträchtig herausgebildet hatte, wurde als „kleinbürgerlich“ abgeurteilt. Wenn ich mich darauf beziehe, dann nicht um mich ironisch von meiner eigenen Geschichte und jener

meiner Generation zu distanzieren, nein, ich will da durchaus identifiziert anknüpfen und danach fragen, ob nicht gerade der wütende Kampf gegen autoritäre Lebensverhältnisse auch heute noch oder vermehrt wieder erforderlich ist. In einem Punkt will ich allerdings einen Lernprozess gegenüber den 60er und 70er Jahren herausstellen. Wir waren ja tatsächlich eine „kleine radikale Minderheit“, die sich mit einem elitären Habitus von der Durchschnittsbevölkerung absetzen wollte und sich eher einen Avantgardestatus zulegte. Und der hatte wenig mit einer demokratischen Alltagskultur zu tun. Ich habe erst später den wichtigen Unterschied gelernt, den die deutsche Sprache nicht sehr gut auszudrücken vermag, den Unterschied zwischen dem „bourgeois“ und dem „citoyen“. Es geht also um die Differenz von dem Menschen, der sich am kapitalistischen Wirtschaftsgeschehen mit der Aneignung einer spezifischen Charaktermaske stromlinienförmig beteiligt und den Profit als seine Haupttriebfeder betrachtet und jenem Menschen, der den Anspruch hat, im Sinne der Aufklärung und unter Wahrung elementarer Menschenrechte sich an der Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse zu beteiligen. Diese selbstbewussten BürgerInnen, die sich einmischen, unbequem sein können, die Macht kontrollieren, sich für Bürgerrechte engagieren und den staatlichen Instanzen nicht als Untertan gegenüberstehen, die sich die Wahrung und Weiterentwicklung demokratischer Lebensformen zu ihrem Anliegen gemacht haben, galt es erst zu entdecken. Und ich habe sie entdeckt.

FREIWILLIGES ENGAGEMENT: SCHWANKENDES INTERESSE

Die Idee der aktiven Bürgergesellschaft hat zur Zeit nicht gerade einen Spitzenplatz in der Hitparade politisch aktueller Themen, obwohl ihre Umsetzung gerade jetzt von größter Bedeutung wäre. Das war vor einiger Zeit deutlich anders. Der Bundestag hatte in der Legislaturperiode 1998 – 2002 eine Enquete-Kommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements eingesetzt, die einen gewaltigen Ausstoß von papierernen Empfehlungen produzierte. Auch durch das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 ist dem Thema Freiwilligenengagement sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt worden. Die politisch hochgehängten Diskurse zur Zivilgesellschaft sind seltener geworden. In der Regierungserklärung für die Legislaturperiode 2002 – 2006 kam das Thema kaum mehr vor. Das ist umso erstaunlicher, als die Politik immer mehr Verantwortung an die Bürger weiterreichen möchte, allerdings meist verkürzt auf die Perspektive, dass die Risikovorsorge vom Staat auf den einzelnen verschoben werden soll. Es ist keine Perspektive der aktiven Beteiligung von Bürgern an

der Entwicklung des Gemeinwesens erkennbar, sondern eher eine Stimmung der Demoralisierung, die auf einer fatalen Koalition von Bürgerverdrossenheit der Politik und Politikerverdrossenheit der Bürger beruht.

Warum hat das Interesse an zivilgesellschaftlichen Diskursen und Projekten nachgelassen? Dieser Aufmerksamkeitsverlust steht in einem eklatanten Widerspruch zu dem, was wir über das Freiwilligenengagement in Deutschland wissen. Der Freiwilligensurvey von 1999 hat gezeigt, dass zu dem bereits hohen Niveau von etwa einem Drittel der Bevölkerung (34%), die sich engagieren, ein weiteres knappes Drittel (26%) hinzukommt, das am Engagement interessiert sind. Der gerade durchgeführte zweite Freiwilligensurvey zeigt, dass sich die Zahlen nach fünf Jahre noch erhöht haben (36% engagiert und 32% am Engagement interessiert). In diesem Zusammenhang hatte Helmut Klages von einem „brachliegenden Potential“ oder - noch dramatischer in der Formulierung - von einer „riesigen ‘schlafenden Ressource’“ gesprochen und diese Ressource ist offensichtlich weiter gewachsen. Man könnte vom „Dornröschen“-Phänomen der Bürgergesellschaft sprechen. Wie könnten diese „schlafenden Ressourcen“ aufgeweckt werden? Ich beobachte bei dem Bericht solcher Zahlen eine gewisse Ratlosigkeit, die sich in solchen Fragen artikuliert: Wo sind denn diese potentiell Engagierten und wie kann man sie denn erreichen und zu konkreten Projekten ermuntern? Als eine Antwort auf diese Frage sind die Freiwilligen-Agenturen entstanden, aber sie haben das Dornröschen noch nicht aus dem Tiefschlaf geholt. Vielleicht sind diese Zahlen zu oft gebetsmühlenartig wiederholt worden, ohne dass konkrete Handlungsmöglichkeiten erkennbar gewesen wären. Das schafft einen Vorrat resignativen Wissens.

Die Freiwilligenkultur in der Bundesrepublik, aber auch in anderen entwickelten Industriegesellschaften, erfuhr jedenfalls bis vor kurzem wachsende Beachtung. Politiker aller Parteien und Fachleute beugen sich in bemühter Aufmerksamkeit über den Freiwilligensektor unserer Gesellschaft. In dieser Haltung bündeln sich Sorge, Interesse und auch Begehrlichkeiten.

Die *Sorge* entsteht, wenn traditionsreiche Organisationen vermelden, dass bei ihnen das Freiwilligenengagement abbröckelt und aus solchen Indikatoren wird dann nicht selten der Schluss gezogen, dass Menschen sich zunehmend nur noch um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern wollen und nicht mehr bereit seien, sich für Menschen in Not oder die Gemeinschaft zu engagieren. Auch die Zukunft der Demokratie wird in diesem Zusammenhang zum Thema und sorgenvoll die Frage aufgeworfen: Werden denn Menschen, die an ihrer eigenen

Selbstverwirklichung arbeiten, genügend an den öffentlichen Angelegenheiten interessiert sein und sich entsprechend engagieren?

Das *Interesse* am Engagement von Freiwilligen entsteht aus der Vermutung, dass sich der gesellschaftliche Strukturwandel, der sich im Gefolge von Individualisierungs- und Globalisierungsprozessen vollzieht, nicht in klassischen Politikformen des „fürsorglichen“ oder „obrigkeitlichen Staates“ bewältigen lässt, sondern mehr Eigeninitiative und Mitwirkungsformen der Bürgerinnen und Bürger erfordert. Die Fragen, die in Wissenschaft und Politik daraus resultieren, beziehen sich darauf, wie sich Menschen in Selbsthilfe und Selbstorganisation an zukunftsfähigen Lösungen für die gesellschaftlichen Folgen wachsender Flexibilisierung und Mobilität beteiligen.

Und die *Begehrlichkeiten* entstehen aus den fiskalischen Engpässen von Politik, Verwaltungen und auch Verbänden, die nach Möglichkeiten suchen, dass Menschen Anforderungen der Daseinsbewältigung und –vorsorge mehr in Eigenregie nehmen, um darüber Spareffekte bei öffentlichen Ausgaben zu erzielen. Es ist die Hoffnung auf ein bürgerschaftliches „Notstromaggregat“. Viele öffentliche Aussagen über die Freiwilligenarbeit kommen aus dieser Motivlage heraus. Auf diesem Hintergrund ist das Interesse am Freiwilligensektor gewachsen, aber es ist auch wichtig, sich in diesem Feld unterschiedlicher und widersprüchlicher Erwartungen zu positionieren.

Der Begriff der Bürger- oder Zivilgesellschaft wird verwendet, ohne dadurch an Präzision zu gewinnen. Was wollen wir darunter verstehen? Das Wort Bürgergesellschaft „klingt wie ein Versprechen: Engagement statt Apathie, Gemeinwohl statt Eigennutz, Solidarität statt Macht. Überhaupt ein Zugang zur Politik, der sich eher an Werten als an Interessen, an Menschen statt an Strukturen orientiert. In diesem Sinne ist 'Bürgergesellschaft' ein Sympathiebegriff geworden“ (Evers 1999). Für mich ist bürgerschaftliches oder bürgerschaftliches Engagement eine Form gelebter demokratischer Alltagskultur. Sie lebt aus der Identifikation mit demokratischen Spielregeln im Sinne eines partizipativ und solidarisch orientierten Gemeinwesens, in dem die öffentlichen Angelegenheiten zu Anliegen der Bürgerinnen und Bürger werden, die sich in diese Angelegenheiten einmischen, sie nach ihren Vorstellungen und Interessen zu gestalten versuchen, die aber auch akzeptieren, dass in einer pluralistischen Gesellschaft keine Instanz, keine Person und keine Gruppierung für sich beanspruchen kann, über die einzig richtige Lösung zu verfügen.

Ich möchte mit meinem Vortrag die These untermauern, dass Bürgerengagement ein zentraler Motor für eine innovative soziale Arbeit ist bzw. sein könnte. Es bildet die unverzichtbare Basis für eine Empowermentperspektive in der sozialen Praxis. Von daher ist es eine unerlässliche professionelle Aufgabe bürgerschaftliches Engagement zu fördern und es fachlich anzuleiten und zu managen. In meinem Vortrag werde ich schwerpunktmäßig danach fragen, welches Potential zur Förderung des „aufrechten Ganges“ in Projekten „bürgerschaftlichen Engagements“ enthalten ist und welche Herausforderungen für unsere Vorstellungen von gutem professionellem Handeln daraus folgen. Hier sehe ich auch Ansatzpunkte für sozialpolitische Innovationen. Zugleich ist aber auch klar festzustellen, dass Freiwilligenengagement kein „Notstromaggregat“ für die Krise des Sozialstaates sein kann.

VON DER NOTWENDIGKEIT, EINGEFAHRENE REFLEXE ZU ÜBERWINDEN

Ehrenamt oder "freiwilliges Engagement" und das gilt sicherlich auch schon längst für das "bürgerschaftliche Engagement" lösen fast zwanghaft einige konditionierte Reflexe aus. Zunächst gibt es Abwehr- und Entwertungsreflexe: Aus der Sicht von Professionellen und Verbände ist es die Angst vor dem Verlust angestammter Aufgaben. Das könnte ja jetzt durch Freiwilligen-Dumping gefährdet werden. Ja die Sorgen gehen noch tiefer: Wenn z.B. durch gut gesicherte Untersuchungen nachgewiesen werden kann, daß LaienhelferInnen bei schwer gestörten schizophrenen PatientInnen bessere Rehabilitationsergebnisse aufweisen als professionelle ÄrztInnen, PsychologInnen oder SozialarbeiterInnen dann geht das natürlich an den Kern der eigenen professionellen Identität. Wenn Dienstleistungen der Altenpflege, der psychiatrischen Nachsorge oder der Erwachsenenbildung von ehrenamtlich Tätigen erbracht werden, dann fürchten die Träger um ihre Pfründe.

Und es gibt die Sparreflexe, die vor allem im politischen und Verwaltungssektor gut entwickelt wurden, vor allem in Zeiten knapper werdender Ressourcen: Könnten nicht Ehrenamtliche dort gewonnen werden, wo wir uns spezifische Dienstleistungen nicht mehr leisten können?

Diese beiden Typen von konditionierten Reflexen passen ja wunderbar zusammen und verstärken sich gegenseitig. Ich möchte die Berechtigung dieser Reflexe gar nicht prinzipiell in Frage stellen. Hinter ihnen stehen oft genug reale Ängste und Zwänge. Es wäre trotzdem von allergrößter Relevanz an die Stelle

von Reflexen die Reflexion zu setzen: Eine offene Aufmerksamkeit für andere Argumente und Begründungen, die für eine aktive Förderung bürgerschaftlichen Engagements stehen. Ins Zentrum der Aufmerksamkeit müsste die Frage der Förderung einer zukunftsfähigen Stadtgesellschaft rücken, einer Zivilgesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger zunehmend in die Lage versetzt werden, sich für ihre eigenen Belange und eine lebenswerte Stadt zu engagieren, sich einzumischen und sich den Zustand und die Zukunft der eigenen städtischen Lebenswelt zu ihrem Anliegen zu machen. Freimachen sollten wir uns auch von der Vorstellung es ging nur um den Hilfebereich, den Sektor der Sozialpolitik. Um den geht es natürlich auch, um die Frage einer echten Politik des Empowerment für Menschen, die über die Ressourcen für eine selbstbestimmte Lebensweise nicht verfügen. Aber es geht auch um all die anderen Fragen, die einer demokratischen Stadtgesellschaft gelöst werden müssen, damit sie ihre Zukunftsfähigkeit gewinnen kann: Multikulturelle Lebensformen, ökologisch bestimmte positive Lebensstile, Gesundheit.

Ich möchte Sie also ermuntern, die Idee des bürgerschaftlichen Engagements aus Spezialschubladen unserer eingefahrenen konditionierten Reflexe herauszuholen und sie in einer Vision einer zivilgesellschaftlich geprägten Gesellschaft zu verorten. Zu dieser Entschubladisierung gehört auch eine begriffliche Distanz zur geläufigen Kategorie des Ehrenamtes. "Altes" oder "neues Ehrenamt", darüber wird debattiert, klar ist daß sich ehrenamtliches Engagement nicht aus den tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen, die uns gegenwärtig beschäftigen, heraushalten läßt. Es läßt sich nicht als ein abgegrenzter Sonderbezirk behandeln, der durch die Jahrzehnte hindurch und unberührt von allen Entwicklungen immer mit sich selbst gleich bleibt. Als "gewandeltes Ehrenamt" ist es deshalb von uns zum Thema gemacht worden, um ihm als "bürgerschaftliches Engagement" auch ein neues Markenzeichen zu geben.

DIE AMBIVALENTEN SEGNUNGEN EINER HOCHPROFESSIONALISIERUNG IM SOZIALBEREICH

Phasen gesellschaftlicher Veränderung spüren wir vor allem dadurch, dass die bislang als selbstverständlich angesehene Ordnung ihre Selbstverständlichkeit zu verlieren droht. Der Grundriss unseres Denkens und Handelns, der uns die Illusion einer unverrückbaren natürlichen Ordnung ermöglicht hat, wird in Frage gestellt werden. In einer solchen Phase der Irritation befinden wir uns. Diese Verunsicherung stellt die Grundprämissen der hinter uns liegenden gesellschaftlichen Epoche grundlegend in Frage. Die Voraussetzung für den Entwurf von

fachlichen Profilen in neuen Strukturen setzt voraus, bislang leitende Grundprämissen konsequent auf den Prüfstand der kritischen Reflexion zu stellen.

Zu diesen Grundprämissen gehörte die Vorstellung, dass gute psychosoziale Hilfe- und Dienstleistungen eine möglichst hochentwickelte Professionalität der Leistungen verlangt. Gegenüber einem Psychowildwuchs, der sich in den 70er und 80er Jahren entwickelte und der einen fragwürdigen Markt eröffnet hat, war die Formulierung hoher professioneller Standards sinnvoll und notwendig. Aber die Vorstellung, dass eine immer bessere Qualität als Resultat einer fortschreitenden und möglichst durchgängigen Professionalisierung von Hilfeleistungen zu erwarten ist, ist in den letzten Jahren vielfach in Frage gestellt worden:

(1) Eine wachsende Selbsthilfebewegung hat ihren kritischen Ausgangspunkt in dem nichteingelösten Versprechen der allumfassenden Wirksamkeit professioneller Lösungsangebote. Selbsthilfegruppen haben ihren Ausgangspunkt oft in Enttäuschungen, die NutzerInnen professioneller Dienstleistungen erleben und sie zeigen häufig, dass sie für sich selbst die besseren Lösungen in Selbstorganisation entwickeln können.

(2) Professionelle Lösungen fördern häufig eine passive KonsumentInnenhaltung durch fertig geschnürte Hilfspakete und erzeugen damit ein System der „fürsorglichen Belagerung“. Die Folge ist eine „Enteignung“ von Problemlösungskompetenzen auf der Seite der Abnehmer dieser Fertigpakete.

(3) Das professionelle System teilt mit allen komplexen institutionellen Geflechten ein hohes Maß an Eigenbezüglichkeit: Das Kompetenzgerangel der unterschiedlichen Anbieter, die Zuständigkeitskämpfe der Professionen und Träger verbraucht sehr viel mehr Ressourcen, als die Orientierung an den alltäglichen Problemlagen der potentiellen oder aktuellen NutzerInnen.

(4) Unter den Vorzeichen knapper werdender öffentlicher Ressourcen ist das in der Prosperitätsphase häufig praktizierte Prinzip der Qualitätsverbesserung durch Ausweitung des Hilfesystems an seine Grenzen gestoßen. Die Beantwortung der Qualitätsfrage bleibt nicht mehr in der Souveränität der professionellen Anbieter selbst und ihrer wissenschaftlichen Unterstützersysteme, sondern wird an externe Kriterien gebunden, die meist betriebswirtschaftlich ausgelegt sind.

Das psychosoziale System hat seine heutige Gestalt vor allem in der 60er, 70er und 80er Jahren angenommen. Ein gewaltiger Professionalisierungsschub hat zu einer Vermehrfachung von professionellen HelferInnen geführt. In ihren Selbstlegitimationen haben sie Reformziele formuliert, die gleichwohl in die Grundstruktur bewährter sozialstaatlicher Lösungsmuster eingefädelt wurden. Mehr als hundert Jahre Sozialstaat haben sich in unseren Erwartungen an und Haltungen zur Sozialpolitik als Muster festgesetzt. Die *bestehende Sozialpolitik* wird von spezifischen Leitbildern und Menschenbildannahmen geprägt, die wie konditionierte Reflexe funktionieren. Ihre kritische Überprüfung ist überfällig:

(1) "Kinder in Not": Ohne eigenes Verschulden in Not geratenen Menschen gegenüber, die unfähig sind, ihr eigenes Leben zu bewältigen, ist sozialstaatliche Hilfe erforderlich. Die Konstruktion von Fürsorglichkeit ist die Basis der Produktion einer Haltung "fürsorglicher Belagerung".

(2) "Entstörung": Sozialpolitik hat die Funktion sozialer Kontrolle abweichenden Verhaltens zu erfüllen. Unangemessene Verhaltensweisen oder Persönlichkeitsstrukturen sind zu korrigieren oder zu therapieren bzw. veränderungsresistentes Störpotential ist so zu verwalten, dass es gesellschaftlich möglichst wenig Schaden anrichtet.

(3) "Das Kind ist schon in den Brunnen gefallen": Sozialpolitik wird wirksam, wenn sich Probleme manifestiert haben. Dieses "kurative Modell" konzentriert sich auf Kompensation oder Reparatur von Krankheit, Behinderung, psychischen Störungen.

(4) "Symptomträger ist immer das Individuum": Dienstleistungen staatlicher Sozialpolitik erfordern die Individualisierung der Probleme. Nur Notlagen, Symptome oder Leidenszustände, die eine einzelne Person geltend machen kann oder ihr zugerechnet werden können, sind sozialstaatlich bearbeitbar.

(5) "In den Blick gerät nur, was eine Person" nicht kann. Sozialstaatliche Leistungen gehen immer von Defiziten und nicht von Ressourcen aus.

Die Maßnahmebündel und Dienstleistungen, die aus diesen Annahmen folgen, haben keinen unwesentlichen Anteil an der immer wieder kritisch konstatierten passiven und individualistischen Konsumhaltung der BürgerInnen der Bundesrepublik gegenüber den wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. In manchen Kritiken werden sie wie verwöhnte Wohlstandskinder karikiert, die nur auf ihren eigenen

Vorteil bedacht seien, aber nicht dazu bereit wären, etwas für die Gemeinschaft zu geben. Die individualistische Haltung gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Leistungen ist aber letztlich in der Logik bestehender sozialpolitischer Leistungsstrukturen selbst begründet: Kodifiziert sind an individuelle Leistungen gekoppelte individuelle Rechtsansprüche auf staatliche Risikosicherung. Bestehende Sozialpolitik sozialisiert die BürgerInnen zu einer solchen Haltung. Diese Sozialisationsfunktion staatlicher Sozialpolitik steht offensichtlich in Zeiten neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Disposition und wird demontiert. Allerdings in Form einer völlig unangemessenen Kritik an den NutzerInnen der Leistungen staatlicher Sozialpolitik.

Eine alternative Herangehensweise an ein Zukunftsprojekt Sozialpolitik müsste stattdessen von jenen basalen Prozessen ausgehen, die mit der genaueren Analyse alltäglicher Lebens- und Krisenbewältigung ins Zentrum rücken. Eine zentrale Aufgabe von Sozialpolitik ist die Herstellung bzw. die Ermöglichung gesellschaftlicher Solidarität. Wenn dies konsensfähig ist, dann zielt die nächste Frage auf die sozialpsychologischen Bedingungen von Solidarität im Alltag, nennen wir es "Alltagssolidarität". Hiermit begeben wir uns auf die Ebene des alltäglichen Umgangs mit Krisen, Risiken, Krankheiten und Behinderungen und dem individuellen oder mikrosozialen Umgang mit diesen Problemlagen: Welche Ressourcen können aktiviert werden, um mit ihnen möglichst effektiv umgehen zu können? In der Erforschung dieser Prozesse ist die zentrale Bedeutung sozialer Netzwerke ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Die Bewältigung von Problemlagen wird entscheidend von den sozialen Unterstützungsressourcen bestimmt, die aus dem jeweiligen Netzwerk mobilisiert werden können. Jede sinnvolle Gesundheitsförderung oder präventive Sozialpolitik muß deshalb auch Netzwerkförderung sein. Die heute relevanten Netzwerke sind in abnehmendem Maße die "traditionellen Ligaturen", also Familie, Verwandtschaft oder Nachbarschaft. Sie verlieren in dem tiefgreifenden Prozess an gesellschaftlicher Individualisierung an Gewicht. Bedeutsamer werden dagegen neue Formen des Knüpfens sozialer Netzwerke: "Posttraditionale Ligaturen" oder "Gemeinschaften". Dazu gehören Selbsthilfegruppen, selbstorganisierte Initiativen, Freiwilligenagenturen, aber auch Nachbarschaftshilfen und Mütterzentren. Das sind die aktuellen zivilgesellschaftlichen Projekte und ihre Förderung sollte hohe Priorität gewinnen, denn sie liefern die Basis für die soziale Arbeit.

Über die immer wieder vernommene These vom Formelwandel des freiwilligen Engagements sind noch einige Argumente aufzubieten.

FREIWILLIGES ENGAGEMENT LÖST SICH AUS DEN SOZIALEN FIGURATIONEN TRADITIONELLER MILIEUBINDUNG

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer Phase des gesellschaftlichen Wandels, der mit Schlagworten wie Globalisierung, Pluralisierung und Individualisierung angedeutet ist. Dieser Wandel erfasst nicht nur den ökonomischen und politischen Bereich, sondern bedeutet – in den Worten von Manuel Castells (1996, S. 477) einen „qualitativen Wandel in der menschlichen Erfahrung.“ Die Konsequenzen einer sich herausbildenden globalen Netzwerkgesellschaft „breiten sich über den gesamten Bereich der menschlichen Aktivität aus, und transformieren die Art, wie wir produzieren, konsumieren, managen, organisieren, leben und sterben“ (Castells 1991, S. 138). Von diesem Wandel ist auch das freiwillige soziale Engagement betroffen. Es löst sich aus den milieuspezifischen Kontexten, in denen traditionelle Engagementformen ihre spezifische Passform gefunden hatten. Folgende Bilanz zum Freiwilligenengagement lässt sich ziehen:

1. Das freiwillige Engagement geht nicht zurück, sondern unterliegt einem charakteristischen Wandel: Weg von dem klassischen Ehrenamt, das seinen „Nachschub“ aus traditionsreichen sozialen und weltanschaulichen Milieus bezogen hat, hin zu einem Engagement, das sich aus Motiven einer selbstbestimmten Lebensführung speist.
2. Die „Anlagesphären“ für das vorhandene soziale Kapital verändern sich als Konsequenz dieses Motivwandels. Weil sich Menschen mit ihrem Engagement nicht mehr selbstverständlich in den vorhandenen Strukturen von Politik und Organisationen verorten wollen, bedarf es neuer Handlungsangebote. Da diese noch nicht existieren, gibt es ein „frei flottierendes Potential an Gemeinsinn“, ein „brachliegendes Potential“ oder – noch dramatischer in der Formulierung – eine „riesige ‘schlafende Resource’“¹.
3. Die Idee einer entwickelten Zivilgesellschaft braucht eine bürgernahe „Erdung“ und Realisierung. Sie lebt aus der Identifikation mit demokra-

¹ Diese einprägsamen Formulierungen stammen von Helmut Klages, die in unterschiedlichen Publikationen von ihm immer wieder auftauchen (vgl. etwa Klages, Helmut & Gensicke, Thomas (1999). Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyrer Forschungsberichte Nr. 193. Speyer: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung.

tischen Spielregeln im Sinne eines partizipativ und solidarisch orientierten Gemeinwesens, in dem die öffentlichen Angelegenheiten zu Anliegen der Bürgerinnen und Bürger werden, die sich in diese Angelegenheiten einmischen, sie nach ihren Vorstellungen und Interessen zu gestalten versuchen, die aber auch akzeptieren, dass in einer pluralistischen Gesellschaft keine Instanz, keine Person und keine Gruppierung für sich beanspruchen kann, über die einzig richtige Lösung zu verfügen. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement kann am ehesten im kommunalen Raum praktiziert werden und deshalb müssen entsprechende Förderstrukturen in den Gemeinden entwickelt werden².

Wenn man sich die immer beschriebene und empirisch gut gesicherte Diskrepanz zwischen der Erosion von Engagementbereitschaft bei traditionellen Institutionen und dem wachsenden Engagement in anderen Feldern freiwilliger Tätigkeit vergegenwärtigt, dann steht die Frage nach der stimmigen Passung zwischen Engagementmotiven und –potentialen einerseits und gesellschaftlichen „Gelegenheitsstrukturen“ andererseits zur Diskussion. Klassische Milieus schufen kollektive Identifikationen und bündelten Motivlagen, auf die sich Kirchen, Parteien, Gewerkschaften oder Wohlfahrtsverbände einigermaßen verlassen konnten. Die Passung zwischen ihren Aktivitäten und den Motivlagen der Individuen schien gesichert zu sein. Eine eigenständige und unabhängige Mittlerrolle zwischen individuellen Motiven und institutionellen Gelegenheitsstrukturen war in aller Regel nicht erforderlich. In den verschiedenen Milieus wurde durch sozialisatorische Leistungen diese Passung gefertigt. Mit dem zunehmenden Abschmelzen oder der Erosion traditioneller Milieus geraten gerade diejenigen institutionellen Handlungsfelder in Not, die ohne große eigenen Initiativen aus diesen Milieus personellen Nachschub erhielten. Auf die bewährten Rekrutierungsmechanismen scheint man sich nicht mehr problemlos verlassen zu können. Diese Erfahrung wird oft mit einer allgemeinen Klage über die „Ego-Gesellschaft“, den Verlust von gemeinwohlorientierten Werten oder den Zerfall von elementaren Formen der Vergemeinschaftung beantwortet. Statt einer Verfallsdiagnose ist aber eine Wandlungsdiagnose erforderlich. Verfalls- oder Zerfallsdiagnosen haben in Phasen gesellschaftlichen Umbruchs immer Hochkonjunktur und das ist nicht erstaunlich, denn das ist ja ein Wesensmerkmal

² Dazu meine Expertise zur Enquetekommission des Deutschen Bundestages: Keupp, Heiner (2003). Lokale Einrichtungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements: Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros u.Ä. – Chancen und Restriktionen. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen. Opladen: Leske + Budrich, S. 13 – 52.

jeder dynamischen Entwicklung, dass etwas aufbricht, bislang selbstverständliche Muster nicht mehr tragen und neu gestaltet werden müssen.

Vor allem die individualisierungstheoretisch inspirierte Netzwerkforschung zeigt, dass sich die Beziehungsnetze der Menschen nicht einfach auflösen und an ihre Stelle die atomisierten Subjekte treten. Wir haben es nicht mit einem Verlust, sondern mit einem „Formwandel sozialer Integration“ (Habermas 1998) zu tun. Die Beziehungsmuster sind nicht (mehr) in starr-fixierten Rollen kodifiziert, die - wie bei den klassischen Geschlechterrollen - wie Zahnräder ineinander greifen. Aber das empirisch unterstützte „nüchterne Auge“, das nicht in rückwärts gewandter romantisierender Verklärung Zwangsgestalten sozialer Lebensformen zu ontologisch oder emotional unverzichtbaren individuellen Ankerpunkten erklären muss, sieht in den enttraditionalisierten sozialen Beziehungen nicht Zerfall oder Desintegration, jedenfalls nicht als all überall sich durchsetzendes Muster. Dieser ausgenüchertete Blick sieht im gesellschaftlichen Durchschnitt Subjekte, die ihr eigenes Beziehungsfeld selbst managen, mit großer Souveränitäten Zugehörigkeiten und Abgrenzungen nach eigenen Bedürfnissen regeln und sich durchaus nicht als isolierte „Einsiedlerkrebse“ beziehungslos in sozialen Wüsten verlieren. Auch die in den meisten Verfallsdiagnosen enthaltene Vermutung, dass die individualisierten „Ichlinge“ keine Bereitschaft und Fähigkeit zur Alltagssolidarität entwickeln würden, ist empirisch schwer zu halten.

Einzig die selbstverständliche Bereitschaft der Subjekte, das eigene Engagement in den Restformen traditioneller gesellschaftlichen Aktionsfelder (z. B. der Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften) zu organisieren, hat nachweislich Einbrüche erlebt und diese Entwicklung verweist ja nicht auf Desintegration, sondern eben auf einen „Formwandel sozialer Integration“. Ein gewachsenes Bedürfnis nach und eine mitgewachsene Fähigkeit zu selbstbestimmtem und kommunikativ hergestellten Lebensmustern verweist auf eine gesellschaftliche Ungleichzeitigkeit, die mit einer klagend vorgetragenen Anomiediagnose in aller Regel verfehlt wird.

Spannend ist es ja vielmehr, den Formenwandel sozialer Beziehungen genauer zu untersuchen. Da wird man z.B. an Stelle zwangsförmig gelebter Nachbarschaften in aller Regel einen souveränen Umgang mit Nähe- und Distanzbedürfnissen finden. Oder nachbarschaftliche Unterstützungen in praktischen Alltagsangelegenheiten werden nicht durch bezahlte Dienstleistungen, sondern durch effiziente Tauschringe ersetzt, in denen sich eine neue geldwertunabhän-

gige Haushaltsökonomie entfaltet. Wenn man das Verschwinden spezifischer sozialer Integrationsformen wie die engen Netzwerkverbindungen in homogenen Arbeiterbezirken als Indikator für Desintegration nimmt, dann wird man in reichem Maße fündig. Nimmt man die neuen Netzwerke spezifischer ethnischer Bevölkerungsgruppen, dann ergibt sich ein durchaus anderes Bild. Nimmt man die traditionellen Organisationsmuster ehrenamtlicher Tätigkeit, dann schlägt der Desintegrationszeiger auf dem verfallstheoretisch geeichten soziologischen Geigerzähler kräftig aus. Nimmt man die neu entstehenden Freiwilligenzentren als Messziffer, kommt hingegen ein ganz anderer Befund heraus. Oder nehmen wir das Pilzgeflecht von Selbsthilfegruppen, das sich überall entfaltet, auch dieses wird man nicht als Beleg für gesellschaftliche Desintegration werten dürfen.

Auf dem Hintergrund dieser Datenlage ist einerseits danach zu fragen, welche neue Engagementformen haben sich in den vergangenen Jahren herausgebildet und wie könnten sie so weiterentwickelt werden, dass sie als „Gelegenheitsstrukturen“ für potentiell interessierte BürgerInnen genutzt werden können.

POTENTIALE BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS

Aber ist bürgerschaftliches Engagement in Zeiten gesellschaftlicher Individualisierung nicht besonders gefährdet? Besteht überhaupt Veranlassung auf Potentiale bürgerschaftlichen Engagements zu setzen? Gehen die Menschen in einer individualisierten Gesellschaft nicht vor allem ihren eigensüchtigen Interessen nach und vernachlässigen zunehmend solidarisches Handeln? Die empirische Netzwerkforschung lässt ein völlig anderes Bild entstehen und wir erkennen durchaus ein erhebliches Potential von Alltagssolidarität. Die Ergebnisse der Netzwerkforschung ermöglichen uns einen nüchternen Blick auf zentrale Veränderungsprozesse alltäglicher sozialer Beziehungen. Eindeutig ist der Erosionsprozess jener traditionellen Beziehungsmuster, die ein Individuum wie ein gut geschnürtes Paket mit dem Hineingeborenwerden in spezifische familiäre, verwandtschaftliche und nachbarschaftliche Konstellationen mit auf seinen Lebensweg genommen hat. Das heißt nun aber keineswegs, dass das moderne Individuum zum Einsiedlerkrebs wurde. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Die zeitgenössischen Großstadtbewohner haben im Durchschnitt vielfältigere Kontakte zu Freunden, Arbeitskollegen oder anderen Angehörigen spezifischer Vereine und Subkulturen als ihre Vorläufer-Generationen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die These von Helmut Klages, dass ein "ein frei flottierendes Potential an Gemeinsinn in der Gesellschaft" existiere (in Körber-Stiftung 1993, S. 40), empirisch durchaus haltvoll ist. Es gibt deutliche Hinweise auf einen allmählichen Rückgang des traditionellen Ehrenamtes, der sich vor allem im Bereich der sozialen Dienste zeigt und der vor allem von den Repräsentanten traditioneller subsidiär erbrachter Wohlfahrtsleistungen registriert und beklagt wird. Es gibt aber insgesamt betrachtet eher eine Zunahme freiwilligem gesellschaftlichem Engagement. Allerdings - und das kommt in der Formulierung vom "frei flottierenden Potential an Gemeinsinn" gut zum Ausdruck - speist sich dieses Potential nicht mehr aus Motivlagen, die eine kontinuierliche oder gar lebenslange Anbindung an spezifische Institutionen erwarten lässt. Gerade die motivationalen Muster, die auf individuelle Authentizität oder auf konkrete Projekte der Veränderung in der eigenen überschaubaren Lebenswelt zielen, lassen eher punktuelle und projektbezogene Formen des Engagements erwarten.

Für einen wachsenden "bowling alone"-Effekt (vgl. Putnam 1995) gibt es in Deutschland keine beweiskräftigen Belege. Zwar gibt es einige spezifische Risikogruppen für Vereinsamung und mangelnde soziale Integration, aber für die durchschnittliche Bevölkerung zeigt sich ein hohes Maß sozialer Vernetzung und daraus entstehender Alltagssolidarität. Dieses "soziale Kapital" ist allerdings gesellschaftlich ungleich verteilt. Dies zeigt sich letztlich auch in dem Befund, dass ökonomisch und bildungsmäßig privilegierte gesellschaftliche Gruppen auch in höherem Maße in freiwilligen gesellschaftlichen Aktivitäten beteiligt sind. Gleichzeitig gibt es jedoch auch Hinweise auf eine zunehmende Aktivierung von sozial benachteiligten und aus der Erwerbsarbeit ausgeschiedenen Gruppen.

Als deutlicher Trend zeichnet sich eine Verlagerung des Engagements aus den Bereichen politischer Parteien und Bürgerinitiativen hin zu überschaubaren Formen der Alltagssolidarität in den lebensweltlichen sozialen Netzen ab. Das gilt vor allem für Heranwachsende, die ihre Handlungsbereitschaften immer weniger auf den politischen Raum ausrichten.

Für einen Rückgang der zentralen Wertigkeit der Erwerbsarbeit für die individuelle Identität von Personen gibt es keine Hinweise. Eher im Gegenteil: Gerade auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind die subjektiven Sinn-erwartungen an die Arbeit gewachsen. Das liegt durchaus im Trend einer allgemeinen Entwicklung, dass Tätigkeiten weniger in ihrer instrumentellen Funk-

tion bewertet werden, sondern unter dem Aspekt der in ihnen selbst vermittelten Sinnschöpfung.

Das nicht unbeträchtliche Potential freiwilligen sozialen Engagements erfordert die Entwicklung neuer gesellschaftlicher Aktivierungsfelder. Die traditionellen Rekrutierungsinstitutionen werden dies ohne einen tief greifenden Wandel ihrer Leitbilder und ihres öffentlichen Erscheinungsbildes kaum leisten können. In seiner Gesellschaftsdiagnose spricht Helmut Klages von dem immer deutlicher erkennbaren "Grundbedürfnis" einer wachsenden Anzahl von Personen, "Subjekt des eigenen Handelns zu sein, das keineswegs mit dem Gemeinsein in Widerspruch steht" (ebd.). Diesem Grundbedürfnis müssen die Handlungsformen bürgerschaftlichen Engagements Rechnung tragen.

Was bedeuten solche Analyse für die Frage nach den Solidaritätsressourcen in der postmodernen Gesellschaft vom Typus der Bundesrepublik. Ich möchte drei Thesen daraus ableiten:

1. Eine sich zunehmend individualisierende Gesellschaft erzeugt nicht notwendigerweise isolierte und vereinsamte Ego-Menschen. Es existieren in dieser Gesellschaft ganz im Gegenteil hohe Potentiale für solidaritätsfördernde Netze. Aber diese Netze haben zugleich die Tendenz zu "Stammeskulturen": Unterstützt wird, wer zu uns gehört, zu meiner Familie, zu meinem Clan, zu meiner Szene oder zu meiner Selbsthilfegruppe.
2. Diese Netze und die mit ihnen assoziierten Solidaritätspotentiale reproduzieren die grundlegenden Formen gesellschaftlicher Ungleichheit. Eine Sozialpolitik, die sich allein auf sie verlässt, wird gesellschaftliche Spaltungen vertiefen und nicht nur die vorhandene Ungleichheit in der Verteilung materieller Ressourcen reproduzieren, sondern auch die ungleichen Zugänge zu sozialen und psychosozialen Ressourcen verschärfen.
3. Aber die erforderliche Sozialpolitik, die auf Chancenungleichheit reagiert, muss von den noch immer vorherrschenden kompensatorischen und befriedenden Strategien Abschied nehmen. Sie muss alle Personen im Sinne des Empowerment-Ansatzes als Menschen sehen und behandeln, die den Wunsch haben, Subjekt des eigenen Handelns zu sein.

EINE ZIVILGESELLSCHAFTLICHE PERSPEKTIVE FÜR DIE SOZIALPOLITIK?

Auch für den Bereich der Sozialpolitik wird immer häufiger die Perspektive einer aktiven Bürgergesellschaft gefordert. Warnfried Dettling (1995, S. 21f.) etwa entwirft das Leitbild einer *"demokratischen Wohlfahrtsgesellschaft"*, die geprägt ist von der *"Rekonstruktion des Sozialen durch eine aktive und kompetente Gesellschaft"*. Dazu bedarf es neuer Prioritätensetzungen:

Zum einen: *"Der Staat sieht seine Aufgaben in Bund, Ländern und Gemeinden nicht mehr primär darin, soziale Dienste und Leistungen zur Verfügung zu stellen, sondern die gesellschaftlichen Kräfte und Ressourcen zu mobilisieren. Aufgabe der Politik ist es nicht, die Gesellschaft zu bedienen, sondern sie zu aktivieren"*.

Und zum anderen: *"Dazu bedarf es eines neuen Ansatzes in der (kommunalen) Sozialpolitik, der sich an den Ressourcen (der Menschen, der Gesellschaft) orientiert und nicht an ihren Defiziten. Menschen, auch die in Randgruppen, haben nicht nur Mängel und Probleme, sondern immer auch Fähigkeiten. Ob diese brachliegen oder ob sie zu ihrem eigenen und zum sozialen Wohl mobilisiert werden, hängt immer auch von den Rahmenbedingungen ab, die politisch verändert werden können. Nur wer Menschen etwas zutraut, kann ihnen helfen, kann soziale Probleme lösen und die soziale Qualität des Gemeinwesens verbessern"*.

Der globalisierte Kapitalismus entfaltet sich als „Netzwerkgesellschaft“, die sich als Verknüpfung von technologischen und ökonomischen Prozessen erweist. Dies zeigt vor allem Manuel Castells auf, den ich für den interessantesten Analytiker der Gegenwartsgesellschaft halte. Er hat in einer großangelegten Analyse die gesellschaftliche Transformationen der Weltgesellschaft in den Blick genommen (Castells 2001). Er rückt die elektronische Kommunikationsmöglichkeiten ins Zentrum seiner Globalisierungstheorie. Sie hätten zum Entstehen einer „network society“ (so der Titel des ersten Bandes der Castells' schen Trilogie) geführt, die nicht nur weltweit gespannte Kapitalverflechtungen und Produktionsprozesse ermöglichen würde, sondern auch kulturelle codes und Werte globalisiert. Für Castells bedeutet diese Netzwerkgesellschaft einen qualitativen Wandel in der menschlichen Erfahrung: Die Konsequenzen der Netzwerkgesellschaft „breiten sich über den gesamten Bereich der menschlichen Aktivität aus, und transformieren die Art, wie wir produzieren, konsumieren, managen, organisieren, leben und sterben (Castells 1991, S. 138).“

Dieser mächtige neue Kapitalismus, der die Containergestalt des Nationalstaates demontiert hat, greift unmittelbar auch in die Lebensgestaltung der Subjekte ein. Manuel Castells (2002) fragt im zweiten Band seiner Trilogie (deutscher Titel: „Die Macht der Identität“) nach den Konsequenzen der globalisierten „Netzwerk-Gesellschaft“ für die Herausbildung kollektiver Identitäten und nach gestaltenden Handlungsmöglichkeiten. Er sieht zunächst den zunehmenden Funktionsverlust aller Formen von „legitimierender Identität“. Das sind jene Muster, die sich an den klassischen Spielregeln nationalstaatlicher Gesellschaften ausgerichtet haben. Als eine spezifische identitätspolitische Reaktanzbildung auf die „network society“, in der sich lokale und Verbindlichkeit vermittelnde soziale Beziehungen verflüchtigen, sieht er weltweit das Entstehen von fundamentalismusträchtigen Formen einer „Widerstandsidentität“: Sie entstehen aus einer defensiven Identitätspolitik von Gruppen, sozialen Bewegungen oder auch einzelnen Personen, die sich gegen die vorherrschende Dominanzkultur der „realen Virtualität“ (S. 72) in der Gestalt von konstruierten kollektiven Wir-Figurationen wehren, die auf lokale, kulturelle oder religiöse Eindeutigkeiten und Grenzziehungen bestehen. Ihr Grundprinzip formuliert Castells als „den Ausschluss der Ausschließenden durch die Ausgeschlossenen“ (S. 11). Von diesen Reaktanzformen kollektiver Identität unterscheidet Castells das Muster der „project identity“. Ihr Entstehungsprozess läuft in aller Regel über irgendeine Form von widerständiger Identität, aber sie bleibt nicht in der Verteidigung partikularistischer eingespielter Lebensformen stehen, sondern entwirft Vorstellungen neuer selbstbestimmter Identitätsfigurationen in einer zivilgesellschaftlichen Perspektive, die in ihrem Anspruch universalistisch ausgerichtet ist. Projekt-Identitäten bilden sich in sozialen Bewegungen (z.B. Frauen- oder in ökologischen Bewegung) heraus, die wiederum aus dem Wurzelwerk bürgerschaftlichen Engagements entstehen.

SOZIALPOLITIK AUS EINER EMPOWERMENT-PERSPEKTIVE

Sozialpolitik muss ihr programmatisches Zentrum von der Kompensation "beschädigten Lebens" zu einer Empowermentperspektive verändern. Empowermentprozesse sind in einzelnen sozialpolitischen Handlungsfeldern bereits intensiv erprobt worden (vor allem im Selbsthilfebereich), aber sie sollten zum grundlegenden Gestaltungsprinzip von Sozialpolitik werden. Diese Forderung finden wir beispielsweise bei dem Frankfurter Staatsrechter Günter Frankenberg (1994; 1997). Eine demokratische Wohlfahrtsgesellschaft muss seiner Auffassung nach "der Handlungsautonomie der Betroffenen und handlungsermächtigt-

genden Strukturen (*empowerment*) stets Priorität einräumen, die auf die Selbstorganisation sozialer Dienste und Leistungen angelegt sind" (Frankenberg 1994, S. 221). Die abzusichernden sozialpolitischen Leistungen (seien es Transferzahlungen, Sachleistungen oder personale Dienstleistungen) sollten von der Prämisse angeleitet sein, dass sie "Eigentätigkeit" und "Lebenssouveränität" voraussetzen und fördern. "Für den Fall, dass die Handlungskompetenz der Betroffenen infolge ihrer spezifischen Lebenslage eingeschränkt ist, konkretisiert sich die Pflicht zu ziviler Solidarität in unterstützenden Strukturen oder advokatorischen Formen der Sozialpolitik, die sich daran orientieren, die Betroffenen soweit wie möglich wieder zur Selbsthilfe zu befähigen" (ebd.). "Sozialpolitik als *empowerment* reaktiviert verschüttete, verkümmerte und überlastete soziale Bindungen ebenso wie sie neue ermutigt und fördert. Sie knüpft damit ein - zugegeben dünnes - soziales Band, das den Adressaten vermittelt, welcher Gemeinschaft sie angehören: Einer Zivilgesellschaft, die ihren Mitgliedern die selbstorganisierte Bewältigung ihrer Probleme zumutet und ermöglicht, darin aber zugleich eine Gemeinschaftsaufgabe sieht" (ebd., S. 222).

Abschließend möchte ich unsere Aufmerksamkeit noch auf ein Phänomen richten, das in den neuesten Veröffentlichungen zu unserem Thema besondere Aufmerksamkeit gefunden hat. Robert D. Putnam (2001) hat im Auftrag der Bertelsmann Stiftung eine Gruppe von Fachleuten aus vielen wichtigen Ländern dieser Erde zusammengetrommelt, die jeweils über die Entwicklung des sozialen Kapitals in ihrem jeweiligen Land berichten. In dem Buch „Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich“ werden die Ergebnisse präsentiert. Von einem generellen Rückgang bürgerschaftlichen Engagements kann in keinem der Länder die Rede sein, aber es zeigt sich eine besorgniserregende Scherenentwicklung: Ist bei ökonomisch, bildungsmäßig und im allgemeinen psychosozialen Lebensgefühl gut situierten Menschen eher eine Zunahme des Engagements zu verzeichnen, bricht es bei den Bevölkerungsgruppen, die arm sind oder verarmen, die mit mehreren Jobs ihren Lebensunterhalt gerade so sichern können und die sich demoralisiert und von der gesellschaftlichen Entwicklung „abgehängt“ sehen, deutlich ein. Wie kann es gelingen, diese Entwicklung aufzuhalten, die ja Spaltungstendenzen in unserer Gesellschaft weiter verschärft? Liegt hier nicht ein Prüfstein für eine kritische Qualitätsbeurteilung aller Fördermaßnahmen sozialen Kapitals? Ulrich Beck hat in der SZ vom 23./24. Juni 2001 seine Sorge darüber geäußert, dass die inflationäre Rede vom „bürgerschaftlichen Engagement“ wirken könnte „wie eine Petersiliengarnierung, die die politische Ratlosigkeit dekorativ verschönt.“ „Zivilgesellschaft

light“ ist die Gefahr, die er sieht, nämlich die sich immer wiederholende „Mittelschichtveranstaltung“.

ZUSAMMENFASSENDEN SCHLUSSFOLGERUNGEN

1. Professionalität in der sozialen Arbeit erweist sich nicht in einem Allzuständigkeitsanspruch in der Lösung und Bewältigung von sozialen Problemlagen, der oft bei BürgerInnen zu der Erfahrung der „Enteignung“ von ihren Lösungskompetenzen führt. Professionelles Handeln soll Menschen vielmehr im Sinne des Empowermentprinzips zu Eigenständigkeit und Selbstsorgekompetenz ermutigen. Also statt Enteignung Stärkung des Vertrauens in die Selbstsorgekompetenzen von BürgerInnen.
2. Professionelles Handeln orientiert sich an dem Leitbild der Gesundheitsförderung der Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation und in ihm drückt sich ein entscheidendes salutogenetisches Prinzip aus: Die Stärkung von alltäglicher Lebenssouveränität durch Befähigung zur Selbstsorge und durch eine Sozial- und Gesellschaftspolitik, die die strukturellen Bedingungen für gelingende Selbstsorge schafft.
3. Bürgerschaftliches Engagement steht – im Sinne des Selbstsorgegedankens - für die Bereitschaft und den Anspruch von BürgerInnen, „Subjekt des eigenen Handelns“ zu sein oder zu werden. Das Potential bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland ist hoch, aber es bedarf einer nachhaltigen Unterstützung durch soziale Organisationen und Professionen.
4. Es gehört zu den vordringlichen Aufgaben sozialer Arbeit und ihrer institutionellen Handlungsmuster, bürgerschaftliches Engagement und eine innovative Freiwilligenkultur zu fördern. Hierzu zählen
 - (a) Schaffung partizipativ geöffneter Institutionen;
 - (b) Freiwilligen-Management;
 - (c) Fort- und Weiterbildung von Freiwilligen;
 - (d) Entwicklung einer stimulierenden „Anerkennungskultur“ für engagierte BürgerInnen.
5. Professionelles soziales Handeln sollte schwerpunktmäßig soziales Kapital bei jenen Bevölkerungsgruppen fördern, die sich als marginalisiert erle-

ben und deren materielle, soziale und psychische Ressourcen nicht ausreichen, um aus eigener Kraft ihr Leben in Selbstsorge zu bewältigen.

6. Bei der finanziellen Förderung von sozialen Organisationen sollte deren Bereitschaft und Erfolg bei der Gewinnung und Einbeziehung von bürgerschaftlichem Engagement zu einem Qualitätskriterium werden.

LITERATUR

Caritasverband der Erzdiözese München und Freising (Hg.): Für Gottes Lohn? Ehrenamtliche und bürgerschaftliche Initiativen in Kirche und Caritas. München: Don Bosco 2001.

Castells, Manuel: Informatisierte Stadt und soziale Bewegungen. In: M. Wentz (Hrsg.): Die Zukunft des Städtischen. Frankfurt: Campus 1991, S. 137 - 147.

Castells, Manuel: The rise of the network society. Vol. I von The information age: Economy, society and culture. Oxford: Blackwell 1996 (deutsche Übersetzung 2001).

Castells, Manuel: The power of identity. Vol. II von The information age: Economy, society and culture. Oxford: Blackwell (deutsche Übersetzung 2002).

Castells, Manuel: The rise of the network society. Vol. I von The information age: Economy, society and culture. Oxford: Blackwell 1996 (deutsch 2001).

Dettling, Warnfried: Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 1995.

Evers, Tilman: Bürgergesellschaft: Ein Markt der Möglichkeiten. Ideengeschichtliche Irritationen eines Sympathiebegriffs

Frankenberg, Günter: Solidarität in einer "Gesellschaft der Individuen"? Stichworte zur Zivilisierung des Sozialstaats. In: G. Frankenberg (Hg.): Auf der Suche nach der gerechten Gesellschaft. Frankfurt: Fischer 1994, S. 210 - 223.

Frankenberg, Günter: Die Verfassung der Republik. Autorität und Solidarität in der Zivilgesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp 1997.

Habermas, Jürgen: Die postnationale Konstellation. Frankfurt: Suhrkamp 1998.

Heinze, Rolf G. & Keupp, Heiner: Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit, in: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hg.), Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Anlageband, Band 3: Zukunft der Arbeit sowie Entkoppelung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung. Bonn 1998, S. 107 - 241.

Helbrecht-Jordan, Ingrid: Familien zwischen Erosion und neuer sozialer Infrastruktur. Bielefeld: Kleine 1996.

Hummel, Konrad (Hg.): Bürgerengagement. Seniorengenossenschaften, Bürgerbüros und Gemeinschaftsinitiativen. Freiburg: Lambertus 1995.

Keupp, Heiner: Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden. München: SOS-Kinderdorf 2001.

Keupp, Heiner, Kraus, Wolfgang & Straus, Florian: Civics matters. Motivlagen, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement. In: U. Beck (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt: Suhrkamp 2000.

KGSt: Bürgerengagement – Chancen für Kommunen. Köln: KGSt 1999.

Klages, Helmut & Gensicke, Thomas: Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyrer Forschungsberichte Nr. 193. Speyer: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung 1999.

Körper-Stiftung (Hrsg.). Wie viel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft? 13./14.11.1993.

Putnam, Robert D. (Hg.): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2001.

Rappaport, Julian: In praise of paradox: A social policy of empowerment over prevention. In: *American Journal of Community Psychology*, 9, 1981, S. 337 - 356 deutsch: Ein Plädoyer für die Widersprüchlichkeit. In: *Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis*, 17, 1985, S. 257 - 278).

Rosenblatt, Bernhard von: *Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligen-survey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 1: Gesamtbericht.* Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer 2000.